

Zweites Blatt.

Endlich — frei!

Antonia Guala und Max Nibel nach ihrem Prozess.

pv. „Ich denke immer, eigentlich müßte ein Landjäger neben mir stehen“, sagt mir Fräulein Guala, halb lachend, da sie strahlend ins Zimmer tritt. Sie ist wieder daheim, bei ihrer Mutter, einer rundlichen, behäbigen Frau, die zehn Kindern das Leben geschenkt hat, die mit ihrer Tochter all die Klänge des früheren Prozesses und nun der letzten vierzehn Tage miterlebt hat und nun glücklich ist, das „Tonel“ wieder bei sich zu haben. Sie war nicht dabei, als der folgenschwere Spruch verkündet wurde, der ihrer Tochter die Freiheit wiedergab, aber ihr Schwiegersohn, der sich besonders Mühe um die Durchführung der ganzen Aktion gegeben hat, hat es ihr sofort hinunter telefoniert. . .

Nun ist ein großer Teil der Familie wieder glücklich vereinigt. Schwestern und Brüder haben Antonia Guala in Empfang genommen und herzlich begrüßt. „Der Vater hat es leider nicht mehr erlebt“, sagt mir einer der Brüder wehmützig. Die Freude aber ist doch vorherrschend im Haus, und selbst zwei kleine Nichten Antonias, die eigentlich schon längst schlafen sollten, toben ausgelassen umher und finden es ganz in der Ordnung, daß der fremde Pressemann noch so spät am Abend vorpricht und einige Blumen zum Zeichen des Glückwunsches überreicht, ihre Händchen nimmt und mit ihnen plaudert. Die Freude des Wiedersehens und Zusammenseins hat eine gewaltige Unruhe in das kleine Haus gebracht, und Fräulein Guala findet sich in dem Trübel noch kaum zurecht.

Das Telefon läutet. Antonia wagt sich nicht recht heran, fählt sich unsicher am Apparat. „Geh du, Max“, sagt sie zu Nibel, der mit Mut den Hörer ans Ohr legt. „Du mußt doch selber kommen“, schickt er dann Antonia ans Telefon. Sie hört und dankt voller Freude, sichtlich überrascht. „Hindelnant hat gratuliert“, berichtet sie, und man sieht ihr an, daß ihr dieser Glückwunsch sehr nahe geht und wohltut: dort in der Strafanstalt hat man schon lange an sie geglaubt. Und während sie davon erzählt, mit der Linken das Hörrohr anhängt, sucht die Rechte vergebens den Griff zum Abläuten. „Wo muß man jetzt da abläuten?“ — sie weiß nicht, daß das jetzt nicht mehr nötig ist. Die Welt hat sich verändert in sechs Jahren, da sie und Dr. Nibel von der Außenwelt abgeschlossen waren.

Aufs Neue tönt das Anrufsignal am Telefon. Jetzt kommen auch auch andere Besucher, die dem Leben Zurückgekehrten zu begrüßen. Inzwischen finde ich Gelegenheit, mit Dr. Nibel einige Worte zu sprechen. Vor allem: wie stellt er sich jetzt seine Zukunft vor? Das ist ja das dringendste Problem. Vorläufig einmal will er, vielleicht auf ein halbes Jahr oder etwas länger, nach Wien gehen, um sich in chirurgischer Gynäkologie weiter auszubilden. Und dann wird er sich eben wieder eine Praxis suchen.

Unwillkürlich kehrt unser Gespräch doch zu dem zurück, was hinter dem Manne liegt. Er kann es heute noch nicht begreifen, daß man ihn eines Mordes für fähig gehalten hat — aber er kehrt nicht bitter ins Leben zurück: die schweren Jahre haben ihm doch auch genützt, haben ihn reifer gemacht, erklärt er mit einer Offenheit, die sicherlich für ihn spricht.

Da Antonia Guala sich wieder zu uns wendet, bringe ich das Gespräch auf den goldenen Reif, den ich schon vorher an ihrem Finger glänzen sah. „Ja, jetzt heiraten wir dann bald“, sagt sie — und fügt lachend hinzu: „Nicht, daß etwa wieder was Dummes dazwischen kommt!“ Und Max nickt und seine Augen künden Einverständnis.

Gern hätte ich Dr. Nibel noch nach seinem Kinde gefragt. Ich wage es nicht, an diese Wunde zu rühren. All die Jahre hat er gestöhnt, daß er es nie sehen durfte, daß man seinem Vorli den Vaternamen genommen hat; nun wird er ihm bald wieder wirklich der „Pappi“ sein können. Ziehen wir das Leid des Vaters nicht auch noch an die Oberfläche. —

Am Bahnhof von Burgdorf verabschieden sich gerade einige Geschworene. Mir will scheinen, sie geben sich besonders herzlich die Hände, sie trennen sich in dem Bewußtsein, einen verantwortungsvollen Entscheid richtig getroffen zu haben.

Und hier sei noch eine persönliche Überzeugung zum Ausdruck gebracht: Dr. Max Nibel und Antonia Guala haben Frau Dr. Nibel nicht vergiftet, ihr Freipruch ist nicht lediglich formal zu werten. Nur wer diesen Prozeß in allen seinen Einzelheiten mitgemacht hat, konnte so bestimmt den Eindruck bekommen, daß nicht nur „mangels Beweises“, sondern mangels Verbrechen freigesprochen werden mußte. Zweifel hieran sind mir entgegengetreten von solchen, die keine Gelegenheit hatten, einen persönlichen Eindruck zu gewinnen, darum ist es Pflicht, dies hier mit aller Bestimmtheit zu erklären.

Ein Bundesgerichtliches Nachspiel zum Nibel-Gualaprozeß.

Die Entschädigungsfrage ist im Nibel-Guala-Prozeß nicht zur Zufriedenheit der beiden Verteidiger Roth und Rosenbaum ausgefallen. Sie schüttelten bei der Verlesung dieses Passus im Urteil die Köpfe. Fürsprecher Roth hat auf eigenes Risiko hin etwa 35,000 Fr. aus seiner Tasche ausgegeben, um die Revision des Prozesses zu erreichen. Nun hat Dr. Nibel eine Entschädigung von nur 36,000 Fr. zugesprochen erhalten. Die Anwälte werden nun die Entschädigungsfrage durch staatsrechtliche Beschwerde vor dem Bundesgericht aufrollen.

Beim Verlassen des Gerichtsgebäudes wurden den Angeklagten und den Anwälten stürmische Kundgebungen zuteil. Sie bestiegen gemeinsam ein Automobil, dem von der begeisterten Menge die Straße versperrt wurde. Wie wir vernahmen, wird sich Dr. Nibel nun nach Wien begeben, um seine Ausbildung als Arzt aufzufrischen.

Antonia Guala dürfte ihn dorthin begleiten. Die beiden werden sobald wie möglich heiraten. Antonia Guala beabsichtigt indessen, die Festtage bei ihrer betagten Mutter und bei ihrer Familie in Burgdorf zu verbringen.

Man schreibt dazu: Nicht merkwürdig wird manchem die Regelung der Entschädigungsfrage in diesem Burgdorer Revisionsentscheid vorkommen. Wenn man bedenkt, daß vor einigen Jahren der Anton Nibeland einen einfachen deutschen Handlanger, der gleichfalls wegen Mordes verurteilt und für lange Zeit ins Zuchthaus gesteckt worden war, mit einer Summe abfindet, die in eine sechszifferige Zahl hineinreichte, wird man finden, daß in Burgdorf recht magerer Käse ausgewogen worden sei. Vor allem erscheint es schwer verständlich, daß jemand, der durch die Boreingenommenheit und Ungelehrtheit (um heute keine stärkeren Ausdrücke mehr zu gebrauchen!) staatlicher Organe jahrelang seiner Freiheit beraubt wurde, nun auch noch die Zehne bezahlen und den Staat dafür schadlos halten sollte, daß dessen Organe ihm ein Unrecht schwerster Art angetan haben.

Wie die bernische Presse durchblicken läßt, warf die Volksleidenschaft, die bei den hemmungslosen Elementen sich bis zur Volkswut steigerte, auch in diesem Schlußakte in verhängnisvoller Weise ihre Schatten bis in den Gerichtssaal hinein. Diese sanftmütigen Elemente im Volke, die die nunmehr freigesprochenen Inkomme, wie als schuldig betrachten, scheinen geradezu vor Erregung zu schäumen beim Gedanken, daß der Staat die beiden nun auch noch mit den Steuerbägen der Bürger entschädigen müsse. Dieser Volksstimmung vermochte sich offenbar das Gericht nicht ganz zu entziehen. Darin finden gewisse Wertwürdigkeiten des Urteils ihre hinreichende Erklärung. Der allerletzte Akt dieses großen Gerichtsdramas wird deshalb in der serenere Luft Lausannes zur Abwicklung gelangen.

Die Tagung in Stans vor 450 Jahren.

* Man erlebt es ab und zu, daß beste Freunde gemeinsam auf große Taten ausziehen und darob in Streit geraten. So ist es auch der alten achtbündigen Eidgenossenschaft vor 450 Jahren ergangen. Wider den mächtigen Herzog Karl von Burgund hatten die Eidgenossen Schulter an Schulter heiße Schlachten geschlagen und gewonnen. Aber dabei war ein Zwist entstanden, der an der Freundschaft nagte. Die Waldstätte hatten bis anhin geführt, nun war die Führung an die Städte übergegangen: an Zürich, Bern, Luzern. Und zwei weitere Städte, seit langem befreundet, hatten in diesen Zeiten der Not Anlehnung und Schutz gesucht und tapfer kämpften geholfen: Freiburg und Solothurn. Mit gutem Grund besüßwortete ramentlich Bern ihre Aufnahme in das Bündnis. Das sahen die Waldstätte nicht gerne. Hatten die Städte nicht schon viel zu sagen?

Die Städte kehrten sich nicht an diese Bedenken. Sie schlossen unter sich ein ewiges Burgrecht, was einem Sonderbund gleichkam. Als darauf die Waldstätte den Austritt Luzerns aus diesem Burgrecht fordereten, war die gefährliche Spannung geschaffen. Zwar hielt man an sich. Ein Kopf indessen mußte doch fallen. Peter Amstalden, der Wirt zu Schlipfheim, wurde wegen Hochverrat enthauptet, da er ausgeplaudert hatte, die Länder planteten einen Handtreck auf Luzern. Dann kam der Livinerkrieg, der bei Gornico siegreich endete. Mit einem Häuflein Leute hatten die Waldstätte ein großes Heer geschlagen, waren dabei ganz Herr und Meister gewesen. Sollten sie in diesem Burgrechtsstreit nachgeben? Man wollte doch sehen. . .

Mit zunehmender Erbitterung wurden die Unterhandlungen geführt. Wir haben das Burgrecht auf, wenn Freiburg und Solothurn als vollberechtigte Glieder in den Bund aufgenommen werden, sprachen die Gesandten der Städte. Und zudem soll durch ein neues Gesetz Ordnung geschafft werden, forderten sie weiter. Mit diesem, erwiderten die Waldstätte, sind wir einverstanden, aber Freiburg und Solothurn dürfen höchstens als „Zugewandte“, nicht als „Orte“ in den Bund eintreten. Ja, gingen die Verhandlungen hin und her. Heißblütige Köpfe spielten schon mit dem Gedanken, den Streit durch Halpate und Speiß zu entscheiden.

In den Tagen vor Weihnachten des Jahres 1481 traten zu Stans die Abgeordneten der Städte und Länder zur letzten Verhandlung zusammen. Kam eine solche nicht zustande, dann war der Bruderkrieg unvermeidlich. Aber noch war die Erinnerung an den schrecklichen Zürichkrieg in den vierziger Jahren lebendig. Drei Tage lang saßen die Stadt- und Landherren beisammen, gönnten sich kaum einen Blick zum Fenster hinaus auf die tiefverschneiten Berge, stritten hin und her. Aber es ging hart auf hart. Niemand wollte nachgeben. Schon floßen Befehle an die Knechte, die Pferde zu fesseln. Da geschah ein weihnächtliches Wunder. Friede auf Erden und an den Menschen ein Wohlgefallen! Der Engel bediente sich zu seiner Botshaft eines frommen Mannes, des Bruder Klaus von der Föhn, der weit hinten im Tal, in der wilden Raufschlucht, ein gottgläubiges Leben bei Gebet und Raufschlucht führte. Von ihm kam die Kunde: Haltet einander die Treue, laßt die Schwerter in der Scheide stecken. Besser als die Parteibefehle überblühte er die Entwicklung, die das Land nehmen mußte, und er erkannte die Notwendigkeit, den Ring der Eidgenossen, sollte der Kern, die Waldstätte, nicht gefährdet werden, zu erweitern. Es war ja nicht das erste Mal, daß er in politischen Dingen seinen Rat erteilte. Und der Friedensengel erschloß die Herzen der Gesandten, die eben sich in Groll und Grimm zugetan, die Männen traten wieder zusammen und setzten am St. Thomastag, dem 22. Dezember des Jahres 1481 in einem besonderen Schreiben fest, Freiburg und Solothurn seien durch alle acht alten Orte im Bunde willkommen. Das sonderliche Burgrecht war aufgehoben.

Bert und Wichtigkeit der schweizerischen Armee.

Geschichtlich dargestellt von Helveticus.

(Fortsetzung.)

Am 1. Februar, morgens halb 3 Uhr, verhandelte Oberstleutnant Chevats, mit Vollmachten ausgestattet, mit General Herzog und es wurde ein Vertrag geschlossen, wonach erst nach vollständiger Entwaffnung der Uebertritt gestattet sei. Unterdessen war auch General Clinchant, der Nachfolger Bourbaks, erschienen und unterzeichnete den Vertrag. Sofort begann der Vorbereitungsarbeiten: 33,000 Mann und 4000 Pferde, der Haupttrupp: 54,000 Mann und 8000 Pferde, kam durch das Tal du Joug. Vom 6. bis 19. Februar wurden die Schweizertuppen nach und nach entlassen, soweit sie nicht zur Bewachung in den verschiedenen Unterlunftsorten dienten, wozu meist Landwehr verwendet wurde. Doch erforderte eine gefährliche Gährung durch eine zu laut begangene Siegesfeier der Deutschen in Zürich am 9. März ein neues Aufgebot von 5 Bataillonen, 2 Batterien und einer Schwadron.

General Herzog hat in seinem Bericht auf die Notwendigkeit durchgreifender Reformen im Wehrwesen hingewiesen, welche dann in der Bundesversammlung von 1874 zur Geltung kamen. Sein Schlußwort lautet: „Nichts ist für das Vaterland gefährlicher, als wenn man sich Illusionen hingibt, wenn man glaubt, gerüstet zu sein, wenn man auf das Vorhandensein einer verhältnismäßig großen, wohlausgerüsteten Armee pocht und in der Stunde der Gefahr manches sich als fehlend und mangelhaft herausstellt.“

Die 1880er Jahre boten zweimal Grund zur Wachsamkeit, ja zum Handeln: der Wohlgemuthandel und die Wirren im Tessin. Ein deutscher politischer Spitzel wurde ausgewiesen. Deutschland drohte mit Gewaltmaßregeln an der

Grenze, Rußland und Oesterreich forderten Ueberwachung der revolutionären Elemente, andernfalls „sie prüfen müßten, ob die Neutralität der Schweiz noch in ihrem Interesse liege.“ Änzere Räte antworteten mit der unverzüglichen Herstellung von 150,000 neuen Gewehren für 17½ Millionen.

Im gleichen Jahr 1889 führten die Wahlen im Tessin zu gewalttätigen Ausbrüchen. Es kam 1890 zur Ermordung des Staatsrates Rost und zur Ausrufung einer provisorischen Regierung. Aber schon am folgenden Tage rückten 2 Bataillone und 3 Schwadronen ein. In diesen beiden greifbaren Fällen, nach außen und nach innen, hatte energisches Auftreten gesiegt, aber das konnte nur geschehen durch das Vorhandensein eines Heeres.

Ende des neunzehnten Jahrhunderts glich die politische Lage Europas einem bewaffneten Frieden. Die Schweiz mußte sich so rüsten, daß sie bei ihren Nachbarn den Eindruck hervorrief, daß sie durch einen kräftigen Widerstand im Ernstfall als eine ernst zu nehmende Macht erschien. Ihr Mut zur Selbstbehauptung mußte Anerkennung finden. „Davon hing das Los und die Zukunft unseres Landes ab, sein Heil oder sein Untergang.“

Dieser Wille zur Selbstbehauptung kam zum Ausdruck durch die Errichtung von Festungswerken, wodurch die Schweiz als Hüterin der Alpen ihre Bereitschaft zeigte, sie zu verteidigen, ferner in der Kreierung der Landesverteidigungscommission und der Schaffung von vier Armeekorps 1891 und 1895 im Entwurf einer neuen Militärorganisation, die aber vom Volk abgelehnt wurde, bis am denkwürdigen 3. November 1907 das Schweizervolk das neue Wehrgesetz annahm. „den ruhmvollen Ueberlieferungen seiner Ahnen getreu und im Vertrauen auf seine allen Völkern heilige Aufgabe, seine Armee in den Stand setzte, seinem Namen Achtung zu verschaffen, seinen Boden zu schützen und die von den Vätern ererbte Freiheit zu verteidigen.“

Das Hauptverdienst gebührt General Wille, der in jahrelanger Vorarbeit die Armee auf den Stand gebracht hat, der dem Ausland Achtung einflößte. Es steht heute fest, daß ohne die Militärorganisation von 1907, die sein Wert war, unsere Neutralität im Weltkrieg nicht respektiert worden wäre.

Der Weltkrieg 1914—18.

Bundesrat Minger sagt in seinem Vorwort zu dem interessanten Buch: „Der Krieg an der Juragrenze: „Es sei in trefflicher Weise geeignet, nicht nur die Erinnerung an die Kriegsjahre 1914—18 in uns ständig wach zu erhalten, sondern uns eindringlich die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit vor Augen zu führen.“ Das erste überlassen wir andern, das zweite ist Ziel unserer Darstellung.

Die Zeit von 1907—14 brachte noch zwei bedeutende Fortschritte nach den Grundzügen des neuen Wehrgesetzes: 1908 die jährlichen Wiederholungsurke und 1911 die neue Truppenordnung, ausgearbeitet durch Oberstforpskommandant Sprecher von Bernegg. So stand denn die schweizerische Armee wuchtigeren Eventualitäten gegenüber gerüstet da. Und das war bitter nötig.

Unsere Lage: Nach dem strategischen Plan Schlieffen-Moltke waren drei Möglichkeiten in Aussicht genommen: 1. frontaler Angriff; 2. umfassender Angriff durch die Schweiz; 3. umfassender Angriff durch Belgien. Gegen Belgien sprach die Furcht Deutschlands vor England. Der deutsche Kaiser streckte seine Füßler aus und lernte 1912 persönlich aus eigener Anschauung bei den Kaisermanövern den Wert der schweizerischen Armee kennen, aber auch den Willen der Schweiz, jede Verletzung ihres Gebiets abzulehnen. Diese Erkenntnis unterschied für den Durchbruch in Belgien. Was war daran schuld? Die Tatsache, die auch dem deutschen Kaiser einleuchtete, daß wir eine Armee haben, deren Wert man respektieren müsse.

Der Plan Joffre XVII. von 1913 verzichtete auf ein Vorgehen durch neutrales Gebiet. Allein der äußerste rechte Flügel der großen französischen Front, das 7. Korps des General Bonneau, erhielt am 7. August die Aufgabe, an den Rhein vorzustoßen, „um die rechte Flanke der französischen Armee zu decken. Es wurde demnach an der äußersten Grenze ein deutscher Angriff erwartet.“

Drei inhaltsschwere Telegammme waren Schlag auf Schlag einander gefolgt. Am 30. Juli: Seine Majestät der Kaiser hat den Zustand der drohenden Kriegsgefahr für das deutsche Reich befohlen. Am 31. Juli: Der schweizerische Bundesrat hat im Hinblick auf die ernste Lage die Biktstellung der ganzen Armee, Auszug, Landwehr und Landsturm, befohlen. Am 1. August: Der Bundesrat hat die allgemeine Mobilmachung der schweizerischen Armee beschlossen. Wer das miterlebte, wird es bis ans Ende seines Lebens nicht vergessen, wie ernst, wie willig, ja begeistert diesem Ruf Folge geleistet wurde.

Schon der allererste Anfang brachte kritische Lagen. Der zweimalige Vorstoß der Franzosen auf Mülhausen am 8. August unter General Bonneau und am 19. unter General Pau, die das Buch von Oberst Cef so anschaulich schildert, zielte das erste Mal bei den Deutschen und das zweite Mal bei den Franzosen auf eine Abdrängung über die Schweizergrenze. Das erste Mal handelte es sich um eine „Falle“, das zweite Mal hatten die Franzosen den Auftrag, die deutschen Brückenköpfe, besonders bei Säulungen zu nehmen. Wohl lauteten die Antworten der Mächte auf die Neutralitätsankordnungen des Bundesrates zustimmend. Aber wie leicht tritt im Verlauf eines Geschehens ein allzu verlockender Moment ein, der alle Versprechungen über den Haufen wirft.

(Fortsetzung folgt.)

*) Oberst A. Cef, der Krieg an der Juragrenze, 1931.

Wiener Brief.

K. Wien, im Dezember 1931.

Sodann hatten sie sonst noch mancherlei zu regeln, was seit dem alten Bund und dem Sempacherbrief in Bergeshöhe geraten oder Neues dazu gekommen war. Im „Namen des Batters, des Sumes, und des heiligen Geistes“ wurde befundet alles zu tun, daß der ewige Bund gewahrt und „unser Land und Völk in gutem Fried, Ruh und Gemach behalten werden.“ Dazu gehörte, daß „niemand andern mit eigenem Gewalt kräftlich überziehen“ oder sonst irgendwie Schaden zufügen dürfe. Wer dennoch bedroht werde, den wollten die andern „mit guten Trüben schütten und handhaben.“ Man verpflichtete sich gegenseitig vor „u. frühr oder gewalttätig“ und andere „grüel“. Aufläufe und Umgänge, wie sie der übermütige Sauerbrennerzeit gegeben hatte, waren nicht mehr gestattet. Beschlossen wurde auch „by Eyd und ere, daß niemand dem andern sie sinen zu ungehorsam uffhoben soll.“ Diese Bestimmung ist freilich später oft genug in falsch verstandenem Sinne zur Unterdrückung jeder freien Meinung mißbraucht worden. Man erinnerte sich ferner gegenseitig an die Kriegsordnung des Sempacherbundes vom Jahre 1386, namentlich daran, daß die mit den Bannern und Fähnlein ausgezogenen „auch by einander pliben“ sollen als „B.berblüt“. Was in Fehden und Gesechten „mit der hilf Gottes“ erobert worden ist, oder als Erbsis einget, soll „nach der sum und anzahl der Lütten“, die daran teilgenommen haben, „g.lich und fründlich geteilt werden.“ Das Uebereinkommen („Borkommnis“), auch die alten Briefe, sollen öffentlich vorgelesen und die geschworenen Eide „fürbassin zu ewigen Litten und alwegen in allen Orten von fünf Jahren zu fünf. . . ernüwert“ werden.

Freilich, es wäre noch manch anderes zu bedenken gewesen, so das Reklamen und Pensionwesen, aber fürs erste war der Krieg vermieden. Und man vergaß darob auch nicht den, der zum Frieden so trefflich geraten hatte: Nikolaus von der Flüh. Die Botschaften wurden beauftragt, vor allem die „Treu, mil und arbeit“ zu verkünden, die „ber from man, bruder Claus, in diesen Dingen getan hat.“

Frohgemut ritten die Boten mit ihren säublich auf Pergament geschriebenen Uebereinkommen der Heimat zu. Kaum je einmal ist der Eidgenossenschaft ein schöneres Weihnachtsfest beschieden worden. Im Lande herum erschallten von allen Kirchtürmen die Glocken.

Jahrhunderte sind seit dem Stanferborkommnis ins Land gezogen und gar manches hat sich seit der denkwürdigen Tagfahrt verändert. Längst ist das zu Schwyz verkehrte ehroliche Pergament durch unsere Bundesverfassung in den Einzelheiten überholt, kann uns also in geschichtlicher Hinsicht nur noch als geschichtliche Urkunde festhalten. Als ein Zeugnis des Friedenswillens aber behält es seinen Wert zu allen Zeiten.

Eidgenossenschaft.

Die Gültigkeitsdauer der Winterportbillette wird über die Festtage verlängert.

(Mitg.) Die von den SBB. und einer großen Zahl von Privatbahnen ausgegebenen Winterportbillette zu ermäßigten Preisen sind über die Festtage wie folgt gültig: Die am 24. und 25. Dezember gelösten Billette berechtigen zur Rückreise bis und mit Montag den 28. Dezember, die am 31. Dezember und 1. Januar gelösten bis und mit Montag, den 4. Januar 1932. Damit wird den Sportsleuten Gelegenheit geboten, weiter entfernte Sportgebiete aufzusuchen oder die Feiertage in einem Sportplatz als kurze Winterferien zu verbringen.

Einzelheiten über die Sportbillette und alle Sportzüge sind aus den blauen Plakaten in den Bahnhöfen, sowie den gratis erhältlichen Prospekten ersichtlich. Für die Prospekte wende man sich an die Billetschalter.

Die Schweiz hat relativ am meisten Zeitungen.

Die erste Stelle auf dem Gebiete des Zeitungswesens nimmt Deutschland ein. Es erscheinen in Deutschland 3353 Tageszeitungen. An zweiter Stelle stehen mit 1942 Tagesblättern die Vereinigten Staaten von Amerika, denen Frankreich mit 1500 Zeitungen folgt. In England werden auffallenderweise nur noch 255 Tageszeitungen gezählt. Es sind durchwegs große Blätter mit sehr hoher Auflage, die die mittleren und kleinen Ortszeitungen verdrängt haben. Was das Verhältnis der Zahl der erscheinenden Blätter zur Bevölkerungszahl anbetrifft, so steht in dieser Beziehung die Schweiz an der Spitze aller Länder der Welt. In der Schweiz erscheinen 506 Blätter, also je eine Zeitung auf 8000 Einwohner. Den zweiten Rang nimmt Dänemark ein. Es zählt je eine Zeitung auf 13.000 Einwohner. In Deutschland entfällt je eine Zeitung auf 18.700 und in den Vereinigten Staaten Amerikas auf 61.000 Einwohner.

Der gefährdete, schon längst von allen Prognosen schwarz umrahmte Winter ist eingetroffen: wahrhaftig „noch nie dagewesen“ in seiner Art! Das Drama der Not nahm seinen öffentlichen Auftakt, als die Östirler Bauern vor einem Monat korporativ die Steuerzahlungen einstellten und die Exekutionsbeamten an der Ausübung ihrer Pflicht mit derber Faust verhinderten. Die Regierung, machtlos im Helfen wie im Fordern, muß nun zusehen, wie der Präzedenzfall seine Kreise zieht. Denn die durch die ständig sinkenden Vieh- und Futtermittelpreise aufs äußerste bedrängten Bauern haben nicht gezögert, dem Beispiel zahlreicher Nachahmung zu schenken, so kürzlich in der Umgegend von Brud an der Mur in Steiermark. In der Tat aber kann man in manchen Gegenden, an der ungarischen Grenze wie in engen Bergtälern Salzburgs gelegentlich feststellen, daß sich — nach der Ernte! — kein Schilling bares Geld im Haus befindet. Den Bauern gehört die Sympathie auch der städtischen Bevölkerung. Ein waderer Tiroler Fleischermeister, der kürzlich in einer erregten Versammlung erklärte, man möge ihm alle Parlamentarier bringen, er werde sie lustigrecht abschlagen, wurde — echt österreichisch! — mit schallender Heiterkeit belohnt, die ihren Widerhall durch die ganze Presse nahm. Es ist ein Glück, daß der Desterreicher die schwere Kunst, im richtigen Augenblick dem Gefährlichen die Spitze abzubringen, indem er es nicht ernst nimmt, meisterhaft beherrscht. Denn die Feststellung der Illegalität des Vorgehens ist unfruchtbar und wenig flüchtig. Die Regierung selbst hat die Exekution für einige Zeit eingestellt; so bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.

In der Stadt aber hat mit dem ersten des Monats die großzügige staatliche Winterhilfe eingeleitet. Kolonnen, angeleitet um Suppe und Brot, verschämte Armut meist, erinnern an die letzten Jahre des Krieges. Neben der staatlichen läuft die kirchliche Fürsorge nicht minder opferbereit. Der Erzbischof hat eine ganze Anzahl „St. Elisabeth“-Ausweisungstischen ins Leben gerufen, die evangelische Kirche lindert durch Geld- und Betteilungsspenden die äußerste Not in der Stille von Haus zu Haus.

Doch ist es merkwürdig, wie sehr das österreichisch-heitere Temperament das kalte Grausen der Not lindert und tragen hilft. Ein Vergleich mit Berlin zeigt dies zur Genüge. Panzerautos und Ueberfallkommandos mußten bisher noch nicht in Aktion treten, auch gibt es keine geplünderten Läden in den Vorstädten. Drei halbwüchsige Burschen zertrümmern durch Steinwurf eine Spiegelscheibe im Hotel Imperial, das ist alles. Die traurigen Prügeleien an der Universität waren nicht Auswüchse der Not, sondern der Ausbruch ohnmächtiger jugendlicher Ueberwehr gegen das immer stärker sich ausbreitende akademische Judentum. Man erwartet auch keinen staatlichen Umsturz, während eine ähnliche Nachricht von Deutschland hierzulande niemanden mehr in Erstaunen setzen würde. Die Heimwehr hat freilich seit dem mißglückten steirischen Putsch einen außerordentlich starken Zugang erhalten, wiewohl man das Gegenteil hätte erwarten können. Doch ist zu hoffen, daß die starke heimatische Verwurzelung in ihren Reihen nicht weniger wie die Festigung der staatlichen Gewalt sie vor Unbesonnenheiten zurückhalten werden. Am wenigsten denkt man ernsthaft an eine legitime Reaktion, obwohl die Anhänger der Habsburg, in den ultramontanen Kreisen bis in die Spigen der Politik unverkennbar, in der letzten Zeit viel von sich reden macht. Doch läßt der lokale Desterreicher ihre Reden und Schriften mehr aus angestammter Vorliebe für die gute alte Zeit als aus wirklicher Ueberzeugung über sich ergehen.

Alle diese Verhältnisse stellen die Kunst unter schlechte Auspizien. Das Interesse der Thea-

terbegeisterten konzentriert sich in diesen Wochen fast ausschließlich um die beiden alterwürdigen Staatstheater, an denen der Wiener mit seiner ganzen Liebe hängt und die er jetzt doch den bedrohlichsten Gefahren ausgelegt sehen muß. Der häßliche Kampf um den Gagenabbau nagelt die Protagonisten der Oper seit Wochen an den Verhandlungstisch, lähmt ihre Freude und hat sie eine Gehaltseinbuße bis zu 75% erleiden lassen. Dazu tritt im Burgtheater das Problem der immer unelieblicher werdenden bürokratischen Leitung, die, an den eckigen österreichischen Leidensweg von Hofrat zu Hofrat, Inflationen genant, gefesselt, jedes beherzte Zugreifen der Direktion hemmt und dem Kunstgeschmack der jeweils herrschenden Partei in bedauerlicher Weise ausgelegt ist. Zwei der stärksten Bühnen- und Kassenerfolge, „Die kleine Katharina“ von Alfred Savoir und „Der Hauptmann von Köpenick“ von Karl Judmann fielen vom Spielplan als Opfer katholischer Bedenken. Anton Wildgans, der Dichter, der als Burgtheaterdirektor dem gehässigen Kreuzfeuer der Meinungen am meisten Ausgesetzt, durch Behörde und Geldknappheit an Händen und Füßen Gebundene, hat kürzlich sein Demissionsgesuch überreichen müssen. Unter den Wohlgefinnten, besonders den geschlossenen hinter ihrem Direktor stehenden Schauspielern besteht kein Zweifel, daß die Ursache der Enttäuschung lediglich am System und nicht an der Person liegt. Der beste Beweis für die Tauglichkeit der beherzt Schaffenden ist die in den Glanz barocker Mystik getauchte Neuinszenierung von Hoffmannsthal's „Salzburger großes Welttheater“, die Abend für Abend das volle Haus erschüttert.

Das kirchliche Leben steht diesmal auf evangelischer Seite vor bedeutenden Ereignissen. Am 6. Dezember ist die versammlungsbildende österreichische Synode in Wien zusammengetreten. Von Berlin sind die Spigen des deutschen evangelischen Kirchenbundes, aus allen Teilen des Landes die geistlichen und weltlichen Vertreter der Gemeinden eingetroffen. Der deutsche Kirchenpräsident D. Dr. Kapler empfängt die Presse, das Parlament erwartet für das Frühjahr die Vorlage der neuen Verfassung zur Genehmigung. Wie bekannt, hat die evangelische Kirche Desterreichs von den Zeiten der Habsburger her noch immer die Fessel der staatlichen Bevormundung und Oberhoheit zu tragen gehabt: die Spitze der Kirche vom Staate ernannt, der Präsident ein juristisch gebildeter Staatsbeamter. Der Widerspruch einer solchen Veroppelung des geistlichen und weltlichen Reiches hatte sich nirgends deutlicher gezeigt als zu der Zeit, da mit Bundeskanzler Dr. Seipel ein katholischer Prälat die Ernennung des evangelischen Oberkirchenrates mit zu unterzeichnen hatte. Nun erst soll nach langen Jahren stiller Vorarbeit die Kirche im eigenen Reiche Herr sein und ein von der Synode gewählter und vom Staat nachträglich genehmigter Bischof an ihre Spitze treten. Man erwartet und erhofft sich viel davon, vor allem eine stärkere innere Geschlossenheit für diesen südöstlichen Vorposten am großen evangelischen Kirchenkörper. Unter den 6 Millionen Desterreichs entfallen 300.000 auf die evangelische Kirche, doch ist der kulturelle Anteil dieser Minderheit bedeutend größer als die 20 Prozent es vermuten lassen. Dem Kundigen aber bleibt es bemerkenswert, wie sich auch solche Fragen kirchlicher Neubelebung wohl einfügen in das Gesamtbild einer Zeit, die unter dem Donner des Weltkrieges in geistlichen und weltlichen Dingen neu zu denken lernen mußte.

Summa summarum: Der Zeitpunkt ist bedeutsam und scheint es bleiben zu wollen, auch wenn die Weltgeschichte die Einzelheiten schon lange zugeht haben wird wie der Schnee, der seit Stunden Dächer und Straßen Wiens in sein schweres weißes Gewand hüllt.

Ein Zeichen der Zeit.

(Korr.) Kommt da ein „raffiger“ Motorradfahrer in einer aargauischen Gemeinde am Vormittag durch das Dorf gefahren; man hätte glauben können, daß es wirklich passiert. Die „raffige“ Maschine wird vor dem Schulhaus abgestellt. Der Mann begibt sich auf die Gemeindefanzlei und läßt seine Arbeitslosenunterstützungskarte abstempeln. Nach Erledigung des Geschäftes wird wieder angelassen und in übermütigen Sägen jagt die Maschine mit dem Lenker frisch und fröhlich aus dem Dorf, zu einer größeren Tour. Mit etwas muß der Tag gekürzt werden, bis die Ehefrau aus der Fabrik heimkommt und dem ermüdeten Motorradfahrer ein Nachessen bereitet hat, der sich tagsüber so anstrenge, die Unterstützung in Form von Benzin zu verdampfen.

Alle Jahre wieder

wirds Weihnachten, unbekümmert darum, ob die Zeiten gut oder schlecht sind, ob die Menschen arbeiten können oder nicht. Heute, wo der graue Heileiteger umgeht, und wo Tausende unverschuldet ohne Arbeit sind, so daß sie und ihre Familien hungern und frieren müssen, ist es für denjenigen, der von der Not noch nichts verspürt hat, eine Pflicht, das Wort von der Nächstenliebe in Taten umzusetzen. Es ist noch keiner Monat her, da konnte man an allen Ecken und Enden außerordentlich Schönes über Hilfe und Unterstützung lesen. 23.855 Bürger haben darauf im Aargau der Altersversicherung zugestimmt, ohne sie jedoch retten zu können. Wer's vermag, der hat jetzt

die beste Gelegenheit, seinen damaligen ehrlichen Willen zu zeigen, indem er die 18 Franken, die er nach Annahme des Gesebes als Prämie hätte berappen sollen, irgend einem Hilfsverein oder dem Bedürftigen selbst zuweist. Das wäre im Geiste des Weihnachtsfestes gehandelt!

Verschiedene Nachrichten.

Die Front gegen Hitler.

Der Abwehrkampf des Nationalsozialismus hat zu einer eisernen Front aller republikanischen Verbände geführt. Es heißt, daß nach Beendigung des Burgfriedens, also im Januar, der frühere Kanzler Wirth als Führer der Abwehrfront hervortreten wird.

Sieben Personen bei einem Rettungswerk ertrunken.

Unter einem in Dalton (Michigan) Schlittschuh laufenden Kind brach das Eis ein. Beim Versuch, das Kind zu retten, ertranken sieben Personen.

Warum keine kurzen Ski?

In Erwartung eines schneereichen Winters rüsten sich schon jetzt die Sportsfreunde, um sich der erfrischenden und gesunden Uebung des Skilaufes in den eigentlichen Wintermonaten hinzugeben. Aber wie alles in der Welt, so hat auch der Skilauf seine Schattenseiten, und namentlich für die Älteren, die den Gefahren und Anstrengungen nicht mehr so gewachsen sind. Doch auch bei jüngeren Skiläufern kommen alljährlich viele Verletzungen vor, die zum größten Teil durch die starke Hebelwirkung der langen Normalstier bedingt sind. Je älter derjenige ist, der diesen Sport betreibt, desto größer ist die Gefahr eines solchen Unfalls, und ältere Leute erlernen den Sport auf den gewöhnlichen Skiern überhaupt nicht mehr. Aus diesem Grunde hat Prof. S. v. Kapff einen „Sicherheits-Kurzstier“ erfunden, der jedermann leichten und gefahrlosen Skilauf verheißt. Bei diesen kurzen Skiern ist die gefährliche und hinderliche Länge der Normalstier von 200 bis 220 cm auf das Maß von nur 125 cm verkürzt. Um trotzdem die nötige Tragstärke zu erhalten, mußten die Skier breiter werden und sind an den Seitenlinien nicht gekrümmt, sondern ganz gerade, von vorn nach hinten etwas konvergierend. Die beste und sicherste Form wurde erst nach wiederholtem Umbauen und Aendern erzielt. Nach Versuchen während dreier Winter ist es aber Prof. v. Kapff nunmehr gelungen, diese Kurzstier so einzurichten, daß sie allen Anforderungen genügen. Sie sind sowohl von Männern wie Frauen erprobt und von erfahrenen Sportsleuten als ausgezeichnet anerkannt worden. Das Lernen des Skilaufes wird dadurch außerordentlich erleichtert; man braucht gar keinen Lehrer mehr, denn die sehr einfache Technik ergibt sich ganz von selbst. Auch die bisher so häufigen Unglücksfälle werden dadurch fast völlig beseitigt. Alle diejenigen, die aus irgend einem Grunde bis jetzt dem Skilauf entzogen haben, können sich also nun bequem und sicher diesem schönen und gesunden Sport widmen.

Humor.

Beide richtig. Schwiegermutter, am Tage der Abreise: Ja, ja, die schönen Tage von Kranzue sind vorüber!
Die kleine Else: Oh, Großmama, das hat Papa schon bei deiner Ankunft gesagt!

Ein Berner geht zum Arzt wegen einer Krankheit. Der Arzt untersucht den Mann und erstet ihm, daß er bestimmt höchstens noch 4 Wochen zu leben habe. Der Patient setzt sich auf den nächsten Zug und fährt nach Zürich, wo er im Stadthaus vorpricht und begehrt, das Bürgerrecht zu erwerben, unter der Bedingung, daß er die Urkunde in längstens 14 Tagen erhalte. Nach längerem Hin u. Her verspricht man ihm, er könne in 3 Wochen die Bürgerrechtsurkunde abholen. Als er nach dieser Zeit wieder vorpricht und der Fall erledigt ist, wird er gefragt, warum die Sache so dringend gewesen sei, worauf er antwortete:
„I ha drum dächt, es sig minger schad für en Zürcher als für en Berner.“
(Nebelhalter)

Er hats nicht gemerkt. „Nanu?“ fragt Mäde. „Was machst du hier im Zoo?“
„Ich stehe hier schon eine dreiviertel Stunde“, sagt Federmann. „Ich habe ein Rendezvous.“
„Aha“, lächelt Mäde, „aber sie scheint dich sitzen zu lassen?“
„Es scheint so“, nickt Federmann. „Trotzdem sie ausdrücklich geschrieben hat: Um drei Uhr vor dem Hippodrom. Sie werden bestimmt nicht allein sein.“

Radio.

Mittwoch, 23. Dezember.

Basel-Bern-Zürich. 12.40 Sinfonische Musik. (Grammophon.) 15.30 Zürich: Konzert der Unterhaltungskapelle 1. 16.00 Basel: Unterhaltungskonzert des Quartetts „Radio“. 17.00 Basel: Kinderstunde. — Adolf Haller, Turgi, liest die Weihnachtsgeschichte aus seinem Werk „Der Sturz ins Leben“. 18.30 Werke von Joh. Seb. Bach (Grammophon). 19.00 Bern: Dr. Hans Tribolet: Wandlungen einer Stadt, Bernische Miniaturen aus dem 19. Jahrhundert. 19.30 Bern: Autorenstunde. Alfred Suggenberger liest aus seinen Werken. 20.00 Zürich: „Christus“, von M. E. Liebhurg. Erster Teil des sacralen Dramas, mit frühchristlichen Gesängen.

Besuchen Sie unsere bedeutend vergrößerte
HESS A. G.
TEPPICHABTEILUNG